

Unsere Anträge für die Landtagssitzung März 2018

www.linksfraktionmv.de



Nachtragshaushalt unverzüglich vorlegen ([Drs 7/1823](#))

Hintergrund: Das Plus des Landes beträgt 600 Mio. Euro! Davon sollen am Parlament vorbei über 70 Mio. Euro in ein sog. Sonderprogramm fließen (15 Mio. Geschwisterkind Kita, 15 Mio. in mehr Polizei, 40 Mio. in Digitalisierung von Schulen und Behörden). Weitere 63 Mio. Euro sollen in den sog. Strategiefonds der Landesregierung gehen. Davon können die Abgeordneten der SPD und CDU wieder exklusive Geschenke verteilen, ohne dass vorher geprüft wird, ob die Gelder auch sinnvoll angelegt sind oder ob es andere Möglichkeiten der Förderung gibt. Den eingeschlagenen Weg kritisieren wir aufs Schärfste. 190 Mio. Euro sollen in die Schuldentilgung gesteckt werden, diesen Schritt würden wir unterstützen, aber das Parlament als Ganzes bekommt keine Chance, darüber auch tatsächlich zu entscheiden. Wir sind der Meinung, dass genug Geld in der Rücklage steckt und dass die exorbitanten Überschüsse sinnvoll in das Land investiert werden sollten. Wir wollen u.a.:

1. Die vollständige Elternbeitragsfreiheit für die Betreuung aller 3- bis 6-jährigen Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege wird unverzüglich eingeführt.
2. Die Bildungslandschaft wird in allen Bereichen gestärkt. Hier drückt der Schuh an allen Ecken und Enden. Angefangen von der Angleichung der Gehälter für Grundschullehrerinnen und Lehrer an die Gehälter für Lehrer der weiterführenden Schulen, bis hin zur Übernahme von Kosten für Schulmaterial, mit denen einige Eltern finanziell überfordert sind.
3. Eine deutliche Ausweitung und Verbesserung der Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs mit Bahn und Bus wird unterstützt
4. Ein Regionalbudget für Kommunen wird eingeführt. Hierfür streiten wir seit Jahren. Es würde sich um rein investive Gelder handeln. 50 Mio. Euro pro Jahr sollen an die Kommunen pauschal über die Ämter verteilt werden. Die Akteure vor Ort wissen am besten, wie und wo das Geld sinnvoll eingesetzt werden kann, damit die Region lange etwas von den Investitionen hat.

Fachkräftemangel von Erzieherinnen und Erziehern entgegenwirken ([Drs. 7/1825](#))

Hintergrund: Im Jahr 2017 wurden insgesamt 287 Anträge auf Ausnahmegenehmigungen nach § 11 Absatz 6 KiföG M-V beim überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gestellt. Begründet wurden die Anträge in der Regel damit, „dass sich auf ausgeschriebene Stellen keine Fachkräfte im Sinne des Kindertagesförderungsgesetzes beworben haben. Die Zahl der Ausnahmeanträge stieg gegenüber dem Vorjahr weiter an.

Die Ausbildungsplatzplanung für die Jahre 2014 bis 2023 entspricht längst nicht den Gegebenheiten und Bedarfen an Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten des Landes. Bereits in den Vorjahren warnten Expertinnen und Experten vor zu geringen Absolventenzahlen. Die Lücke, die gerissen wurde ist riesig und kann kurz- und mittelfristig nicht gestopft werden. Die Landesregierung muss handeln. Die vor einem Jahr versprochene Fachkräfteanalyse liegt immer noch nicht vor. Die Ausbildungsplatzplanung muss dringend an realistische Zahlen, wie dem Anstieg der Geburtenzahlen, der Altersabgänge von pädagogischen Fachkräften und gestiegenen Betreuungsquoten angepasst werden. SPD und CDU haben sich mit dem Koalitionsvertrag in Ziffer 251 selbst den Auftrag gegeben, „die bestehenden Ausbildungskapazitäten im Hinblick auf den langfristigen Bedarf zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen“. Diese Überarbeitung ist längst überfällig und muss daher umgehend vorgenommen werden.

Mitbestimmung stärken – Betriebsräte besser schützen ([Drs. 7/1828](#))

Hintergrund: Betriebliche Mitbestimmung ist wichtig und ein wesentliches Merkmal für eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Der Dialog zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten dient dazu, Interessengegensätze einer gemeinschaftlichen Lösung zuzuführen, von der beide Seiten profitieren. Um gute Arbeit in M-V zu sichern, braucht es auch möglichst viele aktive Betriebsräte im Land. Die Linksfraktion erwarten von der Landesregierung, dass sie nicht nur im Jahr der Betriebsratswahlen 2018 sich dafür einsetzt und Regelungen schafft oder verbessert, mit denen die Rechte und Position der Betriebsräte gestärkt werden.

Geschlechterparitätische Besetzung von Parlamenten erreichen – Frauenanteil auf allen Ebenen erhöhen ([Drs. 7/1821](#))

Hintergrund: Im Landtag M-V und den Kommunalparlamenten liegt der Anteil der weiblichen Vertreterinnen und Mandatsträgerinnen bei ca. 25 Prozent, im Bundestag bei ca. 30 Prozent. Im Landtag und Bundestag und in einigen Kommunalvertretungen ist der Frauenanteil in den aktuellen Legislaturperioden gegenüber den vorherigen Wahlperioden deutlich gesunken. Das ist erschreckend, hier sehen wir akuten Handlungsbedarf.

Die aktuelle Situation der Benachteiligung von Frauen in politischen Vertretungen widerspricht Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Die Linksfraktion fordert die Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Vertretungen, u.a. mittels Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes.

Der Antrag fordert zudem eine Bundesratsinitiative auf Änderung des Wahlgesetzes zur Bundestagswahl. Ziel des Antrages ist die geschlechterparitätische Besetzung von Parlamenten und damit ein realistisches Abbild der weiblichen Bevölkerung in den Volksvertretungen.

Krankenhausgroßgeräte in Mecklenburg-Vorpommern ([Drs. 7/1826](#))

Hintergrund: Die Landesregierung soll dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2018 berichten, wie sich die Struktur und Menge des Angebots von Leistungen, die mit Hilfe von Krankenhausgroßgeräten in M-V erbracht werden, bislang entwickelt haben und ob sie heute und für die Zukunft noch bedarfsgerecht sind. Es soll geprüft werden, ob eine Großgeräteplanung für M-V eingeführt werden sollte. Auf Bundesebene soll eine Debatte angeregt werden, ob die Wiederaufnahme einer Großgeräteplanung in das Sozialgesetzbuch Fünftes Buch sinnvoll und geboten ist. Noch sind die Krankenhäuser in M-V strukturell und baulich gut aufgestellt. Aber da die Investitionen des Landes für die Krankenhäuser seit 2010 sinken, ist davon auszugehen, dass bei den meisten Einrichtungen die Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarfe steigen. Die Krankenhausgesellschaft bezifferte die notwendige Summe für Einzelfördermittel, die u.a. für Krankenhausgroßgeräte verwandt werden, im Jahr 2015 bei der Anhörung zum Haushaltsplan 2016/17 mit 160 Millionen Euro.

Lebensmittelverpackungen reduzieren ([Drs. 7/1824](#))

Hintergrund: Verpackungsmüll nimmt weltweit zu. Allein deutsche Haushalte produzieren jährlich 45 Mio. Tonnen Müll. Den Verbrauchern ist das zu viel, wie eine repräsentative Umfrage der Verbraucherzentrale des Bundes zeigt. Insgesamt 87% der Befragten hielten hierbei Lebensmittel für zu umfangreich verpackt. Es wird Zeit effektiv gegen Verpackungsmüll vorzugehen. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für konkretere gesetzliche Vorgaben für Verpackungen einsetzen. Das umfasst auch effektive Kontrollen und Sanktionen bei Nichteinhaltung. Außerdem braucht es mehr Beratungs- und Informationsangebote zur Abfallvermeidung und ein mehr ökologisch ausgerichtetes duales System. Das zum 1.1.2019 in Kraft tretende neue Verpackungsgesetz, wird den Ansprüchen nicht in Gänze gerecht.

Ganzheitliches integriertes Verkehrskonzept für Usedom ([Drs. 7/1827](#))

Hintergrund: Bürgermeister der Insel Usedom wandten sich im Dezember 2017 mit einem Offenen Brief an den Landtag mit der Bitte, die Verkehrsanbindung der Insel Usedom zu verbessern. Nach einem Ortsbesuch versprach CDU-Fraktionschef Kokert, das Thema Verkehrsinfrastruktur auf Usedom im März auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen – ein Fraktionssprecher relativierte, dass es auch später werden könne. Den Usedomer Eisenbahnfreunden sicherte Ministerpräsidentin Schwesig bei einer Demo im Januar vor dem Landtag zu, eine Vorplanung für die südliche Bahnanbindung (Karniner Brücke) zu beauftragen. Wir wollen erreichen: Voraussetzungen für Grundlagenermittlung und Vorplanung für südliche Bahnanbindung. Ortsumgehung Wolgast prioritär vorantreiben. Verkehrskonzept unter Mitwirkung aller Verwaltungsebenen, Verbände, Vereine, Kammern und der Öffentlichkeit – keine reine Verkehrsplanung, sondern Tourismusbelange und Bauleitplanung einbeziehen mit dem Ziel: ÖPNV stärken, weniger Autoverkehr, Verkehrsspitzen entschärfen.

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbeamtengesetz – LBG M-V) ([Drs. 7/1820](#))

Hintergrund: Wir fordern die Anhebung des Höchstalters für Verbeamten von 40 auf 45 Jahre. Der Gesetzentwurf wird vom Beamtenbund unterstützt. Wolle der Staat handlungsfähig bleiben, müsse ihm qualifiziertes Personal etwas wert sein. Mecklenburg-Vorpommern konkurriert bei der Suche nach Verwaltungsfachleuten mit den anderen Bundesländern. Alle anderen norddeutschen Flächenländer verbeamten bis zu einem Höchstalter von grundsätzlich 45 Lebensjahren.